

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 9. Juni 1883.

Nr. 262.

Landtags-Verhandlungen Herrenhaus.

15. Sitzung vom 8. Juni.

Der Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg und mehrere Kommissarien.

Die Kommission für die kirchenpolitische Vorlage ist gewählt und hat sich konstituiert: Vorsitzende Herren Grafen zur Lippe und von Brühl, Schriftführer Herren Adams und von Brand.

Das Haus tritt in die Beratung des Gegentwurfs, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, ein.

Der Berichterstatter der Kommission, Prof. Dr. Dornburg, erstattet hierüber mündlichen Bericht und empfiehlt, dem Gegentwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Die Herren Landesgerichts-Senatspräsident Meyer (Celle) und v. Bernuth beantragen mit Rücksicht darauf, daß das Abgeordnetenhaus fast allen diesseitigen Beschlüssen beigetreten sei, die en bloc-Akklamation des Gesetzes.

Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag wird nicht erhoben; der Entwurf wird en bloc einstimmig angenommen.

Dasselbe geschieht betreffs des zur Substitutionsordnung gehörigen Kostengesetzes.

Damit sind die Gegenstände der heutigen Tagesordnung erledigt.

Zur nächsten Sitzung werden besondere Einladungen ergehen.

Schluß 12³/₄ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom 8. Juni.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 9¹/₄ Uhr bei sehr spärlich besetztem Hause.

Am Ministertisch: Nur Regierungskommissare. Epäter v. Gopler.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Von prinzipieller Wichtigkeit war die Entscheidung über die Frage, ob Kollektiv-Petitionen, welche unter einem Gesamtnamen an das Haus gebracht werden, überhaupt in Beratung zu nehmen seien. Die Erörterung knüpfte an eine Petition auf Revision der Bestimmungen über das Submissionsverfahren an, welche Namens des Zentral-Vorstandes des deutschen Handwerkerbundes von dem bekannten Obermeister Meyer eingereicht ist. Nach Artikel 32 der Verfassung haben nur einzelne Personen und mit Korporationsrechten ausgestattete Genossenschaften das Petitionsrecht. Diese Beschränkung war in der Praxis der einzelnen Kommissionen häufig ignoriert worden.

Das Plenum tritt heute dem Antrage seiner Petitionskommission bei, Petitionen, wie die oben genannten, zurückzuweisen, obgleich die Abgeordneten Sassen und Westerburg darin eine unzulässige Verkümmern des Petitionsrechts zu erblicken vermögen.

Von Bedeutung ist ferner die Diskussion über den Antrag des Abg. Sassen auf Annahme eines Gegentwurfs, betreffend die Einführung der dänischen Sprache als Unterrichtssprache in den nord-schleswigschen Distrikten mit überwiegend dänischer Bevölkerung.

Kultusminister v. Gopler spricht mit großer Energie gegen die Tendenz des Antrages; historisch lasse sich sehr leicht nachweisen, daß die sämtlichen in Rede stehenden Landesteile noch zu Anfang dieses Jahrhunderts rein deutsch gewesen seien; was außerdem die politische auf Wiedervereinigung Nord-schleswigs mit Dänemark abzielende Tendenz des Antrages betreffe, wie sie in der Begründungserklärung des Antragstellers durchgeschildert werde, so werde sich keine preussische Regierung finden, welche die durch regelrechte Staatsverträge abgetheilten Distrikte wieder herausgebe; die Staatsregierung lehne den Antrag ab und hoffe vom Hause ein Gleiches.

Diese echt preussische Erklärung wird vom Hause mit lautem Beifall aufgenommen.

Abg. Jürgensen bringt darauf einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ein, der geschäftsordnungsmäßig nur von je einem Redner befürwortet und bekämpft werden darf.

Nachdem der Antragsteller darauf hingewiesen

daß es für die Nord-schleswiger ein Bedürfnis und ihr eigenes wohlverstandenes Interesse sei, Deutsche zu werden, plaidirt

Abg. Kantak als „Angehöriger einer Nation, die in Bezug auf den freien Gebrauch der Muttersprache als Unterrichtssprache am meisten gekränkt worden sei“, gegen den Uebergang zur Tagesordnung und für kommissarische Prüfung.

Der Antrag Jürgensen wurde mit sehr großer Majorität angenommen.

Um 12¹/₂ Uhr vertagt sich das Haus bis morgen 9 Uhr.

Tagesordnung: Verwaltungsgesetze, Kanalvorlage.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Die diplomatische Korrespondenz des Fürsten Bismarck als Botschaftsgeandter ist nach dem Botschinger'schen Werk in einer französischen Ausgabe (Paris, Plon 1883, 2 Bände) soeben erschienen.

Wir glaubten — so heißt es in der Vorrede — das alte Deutschland zu kennen mit seinen verschiedenen Zentren geschichtlicher Entwicklung, seinen verschiedenen Staaten, jeder von besonderem Charakter, von besonderen Ueberlieferungen, Gebräuchen und Neigungen, ihren kleinen Hauptstädten, Quellen der so originellen, so vielseitigen deutschen Bildung, Herde des Lichtes und der Arbeit, die ihre Strahlen auf die fiedlichen Provinzen ausstrahlten. Dies Deutschland aber gleicht so wenig dem, welches uns Herr v. Bismarck zeigt, als das Deutschland Hermanns und Dorotheas den Uhlänen ähnlich steht, deren Bekanntheit wir 1870 machten. Dieses Deutschland, dessen Bild wir in den Bismarck'schen Depeschen finden, erfüllt von ohnmächtigem Ehrgeiz und feiger Schwäche, heimlicher Feindschaft und ungeschickten Intriguen, von stiller Opposition und verschleiertem Verrath übersteigt Alles, was wir uns irgend einbilden konnten! Diese Südstaaten bereit jeden Augenblick mit Frankreich sich zu verbünden; diese Nordstaaten, die nur widerwillig Preußen stützen und mit ihrer Politik wie mit ihren Interessen von Augenblick zu Augenblick umschlagen; dieses Preußen, das wie die Uebrigen nur seine eigenen Interessen und seinen Ehrgeiz im Auge hat; diese Minister, die ihre eigenen Regierungen verachten, diese Geandten, deren Privatinteressen über die Ausübung ihrer öffentlichen Pflichten entscheiden — welch ein Bild! Alle sind von Furcht und Mißtrauen gegen einander erfüllt und nur einig um die hochherzigen Bestrebungen und die freisinnigen Einrichtungen der kleinen Länder zu bekämpfen, die das Beispiel der Großen in ihrer Reaktion gegen die Volksbewegung nicht befolgt hatten. — Ist Deutschland in seinem Geist und Charakter jetzt geändert? So wenig Deutschland seinen Charakter ablegen konnte, als es seine Staatsform änderte, so wenig konnte der Geandte am Bundestag seine Politik ändern, als er Reichskanzler wurde. Er findet sich gegenüber das Deutschland, das er uns so zerstückt, so zerrissen zeigt und er fährt fort es zu führen aus demselben Geiste heraus mit denselben Mitteln, deren er sich beim Beginn seiner wunderbaren Laufbahn bediente. — Einen Augenblick schenken wir, als wolle er die Reichsversammlung, die Feudalpartei zu Boden werfen, sich auf die große nationale Partei stützen und den partikularistischen Geist der religiösen Selten zerstören. Aber für die innere Politik war die Periode von „Eisen und Blut“ vorbei; die Feudalpartei hielt ihren Einfluß aufrecht, die National-liberalen wollten nur sich unterwerfen, wenn ihre Grundfeste herrschten und die katholische wurde Schiedsrichter bezüglich der politischen und finanziellen Entwürfe des Reichskanzlers. Wie gegen Willen fiel er in seine alte Rolle zurück, verband sich mit dem Einen, ließ die Anderen ab, lehnte zu diesem zurück und verband sich mit den Ersten, je nach seinen augenblicklichen Plänen, gerade wie zur Zeit des alten Bundestages. —

Der Reichskanzler strebte nach einer Regierungspolitik sans phrase. Die seine großen Pläne zur Ausführung bringen sollte. Er ließ außer Acht, daß dies in unserer Zeit die Verneinung alles nationalen politischen Lebens sein würde. Dieser Irrthum hängt mit dem Geist wie mit dem Charakter des Kanzlers zusammen; sein mächtiger aber allzu konkreter Gedanke kann nicht zur Einsicht gelangen, daß eine Regierungspartei unbedingt Gefügigkeit, zusammengefaßt aus blindgehenden Männern, ohne

eigene Initiative und Autorität dem deutschen Reiche weder eine Stütze bieten, noch die Staatsmänner und Diplomaten liefern kann, deren es bedarf. Eine Kammer, die sich, wenn auch einstimmig, einem großen Mann, voll von großartigen Plänen, unterwirft, ist nicht mehr im Stande, eine dauerhafte Staatsform zu schaffen, als eine siegreiche Armee einen neuen sozialen Zustand schaffen kann. Die Parteien, welche ihre Wurzeln nicht in den Tiefen des nationalen Lebens haben, sind nur Vereinigungen von Männern, die durch Interesse, Ehrgeiz, Zufall zusammengeführt sind und die Interesse, Ehrgeiz und Zufall wieder trennt. Napoleon I. beging denselben Fehler, dieser mit seinem militärischen Genie, Fürst Bismarck mit seiner diplomatischen Ueberlegenheit, verfolgten ihre dominierende Idee durch Niederwerfung des Widerstandes, und so verfährt er mit seinen Kammern, wie er die Staaten des deutschen Bundes behandelt hatte.

Aus Köln ist an den Abgeordneten Baumbach ein Exemplar einer Resolution überliefert worden, welche eine Versammlung von selbstständigen Kaufleuten und Handlungsgesellen am 4. Juni im Viktoria-Saal der genannten Stadt gefaßt hat. Die Uebersendung ist im Auftrage der Versammlung durch deren Vorsitzenden erfolgt als Ausdruck des Dankes für den Abgeordneten Baumbach, welcher den Stand der Handlungsgesellen gegen die Angriffe des Abg. v. Köller im Reichstage in Schutz genommen hat.

Die Führer der Nihilisten scheinen sich für verpflichtet zu halten, die Welt darüber aufzuklären, weshalb sie die Krönung nicht durch irgend einen Anschlag gestört haben. Wir haben den Brief Stepaniak's mitgetheilt, jetzt veröffentlicht auch die „Times“ eine ihr angeblich aus Paris von „zuverlässiger Quelle“ zugegangene Zuschrift, in welcher ebenfalls behauptet wird, daß die Nihilisten viele wichtige Gründe zur Rechtfertigung ihrer unerwarteten Neutralität haben. Da Viele auf den Erlaß einer Verfassung bei Gelegenheit der Krönung gehofft, so würde man sich diese zu Gegnern gemacht haben wäre die Krönung durch ein Attentat gestört worden; jetzt, da die Krönung ohne einen solchen Erlaß vorübergegangen, wäre jede weitere reaktionäre Maßregel der Regierung die Reihen der Nihilisten verstärken.

„Andererseits“, wird in der Zuschrift weiter ausgeführt, bot die Krönung der Nihilistenpartei eine ausgezeichnete Gelegenheit, ihre Stärke zu entwickeln. Die ganze Kraft der Regierung und ihre intelligentesten Spione waren in Moskau konzentriert und die Nihilisten zogen Vortheil aus dieser günstigen Gelegenheit, um ihre Lehren zu verbreiten und Anhänger in St. Petersburg und anderen großen Städten zu werben. In diesem Werke waren sie überaus erfolgreich. Die Stärke der Partei in St. Petersburg vergrößerte sich namentlich in hohem Grade während der Vorbereitungen für die Krönung. Die Nihilisten-Agenten, frei von der Gegenwart der Spione, welche sie am besten kannten, verbreiteten ihre Lehren ohne Hemmnis und die natürlichen Aufregungen in St. Petersburg mögen theilweise ihrem jüngsten Vorgehen beigegeben werden. Noch dürften die Dinge hier einen Ruhepunkt finden. Weitere Anstrengungen mögen erwartet werden und obwohl die sanguinischsten Nihilisten einsehen, daß Rußland noch nicht reif ist für eine allgemeine Erhebung, so wird geglaubt, daß theilweise und lokale Aufregungen das Volk lehren werden, wie es in ähnlichen Eventualitäten handeln soll und ihnen einig Vertrauen in ihre Stärke einflößen werden, während ein Gefühl der Feindseligkeit und Rache gegen die Polizei und die Regierung erzeugt wird. Der Umstand, daß keinerlei Konzessionen gemacht wurden, um die liberale Meinung in Rußland zu befriedigen, wird dazu dienen, solche Ausbrüche zu rechtfertigen und die Halsstarrigkeit des Zaren wird von allen gründlichen Revolutionären mit großem Entzücken begrüßt. „Es war zu fürchten, daß irgend ein übereifriger Patriot auf seine eigene Verantwortlichkeit und trotz aller gegen-theiligen Besuche eine kleine Dynamitgranate werfen oder in anderer Weise danach trachten würde, dem Zaren das Leben zu nehmen. Glücklicherweise wurde jedoch die Disziplin der Partei nicht gebrochen, obwohl für einige Personen die Versuchung groß gewesen sein muß. Einige wohlbekannte Beschwoerer brachten es fertig, trotz aller Anstrengungen der Polizei, sie zu entlocken und festzunehmen, bei der Krönung zugegen zu sein. Es war kein besonderer

Grund vorhanden, sie zu bewegen, in einer solchen Zeit in Moskau zu sein, allein der russische Nihilist ist tollkühn und scheint sich niemals glücklich zu fühlen, als wenn er dem Schicksal und der Polizei Trotz bietet. Daher sind die Nihilisten überzeugt, daß wenn der Zar noch am Leben ist, dies nicht der Fall ist, weil es seiner Polizei gelang, deren Anstrengungen zu vereiteln, sondern lediglich weil ihre Führer kluger Weise beschloßen, sich für den Augenblick in dem Hintergrunde zu halten.“

Ausland.

Paris, 7. Juni. Die eifrigen Vorbereitungen für weitere Transporte nach Tonting scheinen die Annahme zu bestätigen, daß die bisher zu energischer Zuchtigung der „pavillons noirs“ abgeordneten Verstärkungen von der Regierung für unzureichend betrachtet werden. Militärische Autoritäten sollen darauf dringen, noch vor der Ankunft der bereits abgeordneten Truppen in Tonting weitere dem afrikanischen Kontingente zu entnehmende Verstärkungen folgen zu lassen. Ein ernstlicher Beginn der Offensive soll in Folge des Klimas vor Anfang September unmöglich sein. Die hiesigen Regierungskreise zeigen antaunend bezüglich des chinesischen Konfliktes optimistische Stimmung und behaupten, daß die chinesischen Kriegsbefehle nicht ernst zu nehmen seien. Die Ankunft des gegenwärtig in Moskau weilenden chinesischen Botschafters in Paris, Tseng, wird hier am 20. Juni erwartet.

Provinzielles.

Stettin, 9. Juni. Aus der Sitzung der Stadtverordneten vom Donnerstag theilen wir noch Folgendes mit: Zum Direktor der Friedrich-Wilhelm-Schule ist bekanntlich aus 38 Bewerbern Herr Direktor Fritzsche aus Grünberg in Schles. gewählt worden; derselbe hat sich in einem Schreiben an den Magistrat bereit erklärt, die Wahl anzunehmen, im Falle ihm bei seiner etwaigen Pensionierung die frühere Dienstzeit vom 1. Oktober 1854 ab in Anrechnung gebracht würde. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt und ersucht die Versammlung, ein Gleiches zu thun. Ueber die Vorlage referirt Herr Dr. Wolff; derselbe theilt die Vorverhandlungen mit, welche mit Herrn Direktor Fritzsche geführt sind und die in jeder Weise für diesen Herrn sprechen, trotzdem derselbe einer d. r. ältesten Bewerber (54 Jahre) war. Referent empfiehlt deshalb auch, die Magistratsvorlage anzunehmen.

Herr Dorfscheldt bittet um Ablehnung derselben, da bei dem hohen Alter des Gewählten zu erwarten sei, daß derselbe zu bald pensioniert werden müsse. Es empfehle sich daher im Interesse der Stadt, das Augenmerk auf eine jüngere Persönlichkeit zu richten.

Herr Schulrath Dr. Krosta erwidert hierauf, daß die Versammlung, als sie das Gehalt des neuen Direktors auf 6000 Mark feststellte, auch den Wunsch hatte, einen im Dienst erfahrenen Direktor an die Spitze der Anstalt zu stellen, daß aber ein im Dienst erfahrener Direktor auch eine ältere Persönlichkeit sein müsse, konnte doch nicht in Frage kommen. Dem neuen Direktor sind außerdem von allen Seiten die günstigsten Zeugnisse über seine Wirksamkeit ausgestellt, so daß die Wahl Jeden mit Befriedigung erfüllen muß.

Herr Dr. Amelung spricht sich gleichfalls gegen die Vorlage aus, weil Herr Direktor Fritzsche nicht so loyal gewesen sei und die jetzt gemachte Bedingung nicht schon vor der Wahl aufgestellt habe, worauf Herr Schulrath Dr. Krosta erwidert, daß es nicht Sitte sei, Bedingungen schon zu stellen, wenn man sich um eine Stelle bewerbe.

Herr Dorfscheldt betont nochmals seine Ansicht, daß es für die Kommune nicht vortheilhaft erscheine, einen Mann zu wählen, der bereits 29 Jahre Dienstzeit hinter sich habe und der in 11 Jahren die 40jährige Dienstzeit erreiche, bei der er Pension beanspruchen könne.

Herr Graßmann erklärt die Anrechnung der Dienstzeit gleichfalls für bedenklich. Wenn auch von allen Seiten die günstigsten Urtheile über das bisherige Wirken eingegangen seien, so hat doch die Erfahrung hier in Stettin gelehrt, daß auf solche Vorkommnisse nicht allzuviel zu geben sei. Bei früheren Wahlen seien auch oft die Bewerber von allen Seiten gelobt worden und als dieselben dann hier in Thätigkeit traten, hatten sich auch manche dunkle Seiten bei ihnen gefunden.

Newyork, 7. Juni. William W. Thomas ist zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Stockholm ernannt worden.